

Besoldungsgesetz (BesG)¹

vom 22. November 1990

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich
Meine Zustimmung:

I. Allgemeine Bestimmungen²

Art. 1³

Geltungsbereich

1) Dieses Gesetz gilt für die Besoldung:

- a) der Beamten und Angestellten der der Regierung unterstellten Amtsstellen;
- b) des nichtrichterlichen Personals der Gerichte;
- c) des Personals des Landtagssekretariates;
- d) des Personals der öffentlich-rechtlichen Stiftungen und Anstalten, sofern spezialgesetzliche Bestimmungen nichts anderes vorsehen.

2) Die Besoldung der vollamtlichen Richter und der Staatsanwälte richtet sich nach den Vorschriften des IV. Kapitels dieses Gesetzes.

3) Die Besoldung der Regierungsmitglieder und des Regierungsssekretärs richtet sich nach den Vorschriften des V. Kapitels dieses Gesetzes.

4) Honorare von Personen, welche für den Staat Leistungen erbringen, ohne dass ein Dienstverhältnis begründet wird, werden von der Regierung im Einzelfall geregelt.

1 Titel abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

2 Überschrift vor Art. 1 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

3 Art. 1 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

Art. 2¹*Begriffe*

1) Im Sinne dieses Gesetzes bedeuten:

- a) "Staatspersonal" bzw. "Staatsangestellte": das Personal nach Art. 1 Abs. 1;
- b) *Amtsstellenleiter*:
 - aa) die Amtsvorstände sowie Stabsstellen- und Dienststellenleiter nach dem Gesetz über die Verwaltungsorganisation des Staates;
 - bb) der Landgerichtsvorstand in Bezug auf das nichtrichterliche Personal;
 - cc) der Landtagssekretär in Bezug auf das Personal des Landtagssekretariates;
 - dd) das zuständige Stiftungsorgan in Bezug auf das Personal der öffentlich-rechtlichen Stiftungen.

2) Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, sind unter den in diesem Gesetz verwendeten Personen-, Berufs- und Funktionsbezeichnungen Angehörige des weiblichen und männlichen Geschlechts zu verstehen.

Art. 3²*PTT-Personal*

Aufgehoben

Art. 4³*Honorare*

Aufgehoben

¹ Art. 2 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

² Art. 3 aufgehoben durch LGBl. 2003 Nr. 217.

³ Art. 4 aufgehoben durch LGBl. 2003 Nr. 217.

II. Aufbau der Besoldung

A. Allgemeines

Art. 5¹

Bestandteile

- 1) Die Besoldung des Staatspersonals besteht aus:
 - a) der ordentlichen Besoldung;
 - b) den Besoldungszulagen:
 - aa) den Sonderzulagen;
 - bb) den Funktionszulagen;
 - c) dem Teuerungsausgleich.

2) Die ordentliche Besoldung, deren Ansätze sich nach Abschnitt B dieses Kapitels richten, setzt sich aus einem fixen und einem variablen Teil zusammen. Der fixe Teil der ordentlichen Besoldung setzt sich zusammen aus der Grundbesoldung, dem Erfahrungsanteil, dem fixen Leistungsanteil und einem allfälligen Marktausgleich. Der variable Teil der Besoldung besteht aus dem Leistungsbonus.

Art. 6²

Fälligkeit

1) Ein Dreizehntel des fixen Teils der jährlichen ordentlichen Besoldung wird monatlich und ein Dreizehntel als Gratifikation am Jahresende ausbezahlt.

2) Dauert ein Dienstverhältnis nicht über das ganze Kalenderjahr oder beginnt oder endet es während des Kalenderjahres, wird die Gratifikation anteilmässig ausbezahlt.

3) Der variable Teil der ordentlichen Besoldung (Leistungsbonus) wird in einem Betrag im Folgejahr bis spätestens Ende Februar ausbezahlt.

4) Funktionszulagen werden in der Regel mit der monatlichen Auszahlung des fixen Teils der ordentlichen Besoldung ausbezahlt, die Sonderzulagen auf den Zeitpunkt des besonderen Anlasses.

1 Art. 5 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

2 Art. 6 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

Art. 7¹*Gleichstellung von Frau und Mann*

Frau und Mann haben bei gleicher oder gleichwertiger Aufgabe und Leistung Anspruch auf gleiche Besoldung.

Art. 7a²*Teilzeitbeschäftigte*

Teilzeitbeschäftigte haben im Umfang ihres Beschäftigungsgrades Anspruch auf gleiche Besoldung wie Vollzeitbeschäftigte.

Art. 8

Beginn und Ende des Besoldungsanspruches

Der Besoldungsanspruch beginnt mit dem Tage der Begründung und endet mit dem Tage der Auflösung des Dienstverhältnisses.

B. Ordentliche Besoldung³Art. 9⁴*Aufbau der ordentlichen Besoldung*

1) Die ordentliche Besoldung setzt sich zusammen aus:

- a) der Grundbesoldung;
- b) dem individuellen Besoldungsanteil.

2) Die Grundbesoldung ergibt sich aus der Zuordnung der Stelle zu einer Richtposition und Besoldungsklasse im Einreihungsplan und entspricht dem Minimum der betreffenden Klasse.

1 Art. 7 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

2 Art. 7a eingefügt durch LGBL. 2003 Nr. 217.

3 Überschrift vor Art. 9 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

4 Art. 9 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

- 3) Der individuelle Besoldungsanteil setzt sich zusammen aus:
- a) dem Erfahrungsanteil;
 - b) dem fixen Leistungsanteil;
 - c) dem variablen Leistungsanteil (Leistungsbonus);
 - d) einem allfälligem Marktausgleich.

Art. 10¹

Besoldungsklassen

1) Die ordentliche Besoldung wird im Rahmen der Besoldungsklassen 1 bis 20 gemäss Anhang (Besoldungstabelle) festgesetzt.

2) Die Besoldungstabelle enthält für jede Besoldungsklasse die Minimalbesoldung, das Maximum der fixen Besoldung sowie die maximale Jahresbesoldung und zeigt die Bandbreite innerhalb der einzelnen Klassen auf.

3) Die Regierung überprüft periodisch das Lohngefüge der Landesverwaltung auf seine Marktkonformität und unterbreitet dem Landtag Antrag auf Anpassung der Besoldungstabelle.

Art. 11²

Einreihungsplan

1) Die Regierung erlässt mit Verordnung einen Einreihungsplan, welcher nach Funktionsbereichen und Besoldungsklassen geordnete Richtpositionen enthält.

2) Die Regierung umschreibt die einzelnen Richtpositionen. Sie passt diese Umschreibungen veränderten Verhältnissen an, insbesondere bei Änderungen der Berufs- und Funktionsbilder.

¹ Art. 10 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

² Art. 11 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

Art. 12¹*Zuordnung der Stellen*

1) Die Zuordnung der Stellen zu den Richtpositionen und Besoldungsklassen erfolgt entsprechend deren Anforderungsgrad nach den Grundsätzen der Arbeitsbewertung. Die Regierung erlässt Zuordnungsrichtlinien.

2) Die Höher- oder Tieferzuordnung einer Stelle erfordert eine wesentliche Veränderung der Anforderungen.

Art. 13²*Anfangsbesoldung*

1) Bei der Anstellung des Staatspersonals setzt die Regierung, vorbehaltlich Abs. 3, auf Antrag des Amtes für Personal und Organisation die Anfangsbesoldung auf der Grundlage der Zuordnung der Stelle zu einer Richtposition fest. Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung, Familienjahre und besondere Kenntnisse der anzustellenden Person sowie der verwaltungsinterne Quervergleich werden zudem angemessen berücksichtigt. Ebenso können Branchenüblichkeit und Marktbedingungen zur Bestimmung der Anfangsbesoldung herangezogen werden.

2) Die Regierung kann in Fällen, in denen die anzustellende Person noch nicht über die der Stelle zugrunde liegenden Anforderungen verfügt, eine Anfangsbesoldung unter dem Minimum der vorgesehenen Besoldungsklasse festlegen.

3) Die Anfangsbesoldung des Personals des Landtagssekretariates wird vom Landtagsbüro festgelegt. Im Übrigen finden Abs. 1 und 2 sinngemäss Anwendung.

4) Die Abs. 1 und 2 finden sinngemäss Anwendung auf angestellte Personen, die Aufgaben mit einer höheren Zuordnung der Stelle zu einer Richtposition wahrnehmen.

¹ Art. 12 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

² Art. 13 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

Art. 14¹*Jährliches Budget für Besoldungsanpassungen*

1) Der Landtag beschliesst jährlich auf Antrag der Regierung im Rahmen des Voranschlages den prozentualen Anteil an der Gesamtlohnsumme für Anpassungen des individuellen Besoldungsanteils sowie die prozentuale Aufteilung in den fixen und den variablen Leistungsanteil. Massgebend sind insbesondere:

- a) die allgemeine Lohnentwicklung in den öffentlichen Verwaltungen und der Privatwirtschaft;
- b) die Wettbewerbsfähigkeit der Landesverwaltung auf dem Arbeitsmarkt;
- c) die Finanzlage des Staates.

2) Der vom Landtag für den variablen Leistungsanteil jährlich genehmigte Prozentsatz wird bis zu einem Prozentsatz von maximal 4 % der Gesamtlohnsumme geäufnet. Der Landtag kann die Gewährung des variablen Leistungsanteils für eine bestimmte Zeitdauer vollständig oder teilweise aussetzen.

3) Für die Systempflege und -wartung stehen jährlich 0.25 % der Gesamtlohnsumme zur Verfügung.

4) Die Regierung erlässt Verteilungsrichtlinien über die vom Landtag bewilligten Gelder für Anpassungen des individuellen Besoldungsanteils.

Art. 15²*Anpassung des individuellen Besoldungsanteils*

1) Grundlage für die Anpassung des individuellen Besoldungsanteils bildet die jährliche Leistungsbeurteilung.

2) Im Rahmen der von der Regierung erlassenen Verteilungsrichtlinien sind für die Anpassung des individuellen Besoldungsanteils zuständig:

- a) die Amtsstellenleiter für die ihnen unterstellten Staatsangestellten;
- b) die Mitglieder der Regierung für die ihnen direkt unterstellten Amtsstellenleiter und Staatsangestellten;
- c) der Landtagspräsident für den Landtagssekretär.

1 Art. 14 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

2 Art. 15 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

Bei der Anpassung des individuellen Besoldungsanteils der ihnen nicht direkt unterstellten Staatsangestellten wirken die direkten Vorgesetzten mit.

3) Die ordentliche Besoldung wird jeweils nach Vollendung des 25., 30., 35. und 45. Altersjahres auf Beginn des folgenden Kalenderjahres um den Erfahrungsanteil von 3 % der Grundbesoldung erhöht.

4) Die Erhöhung des fixen Leistungsanteils setzt eine positive Leistungsbeurteilung voraus. Neben der Leistungsbeurteilung können die bisherige Lohnentwicklung und das Lohnniveau sowie amts- bzw. stellenspezifische Faktoren berücksichtigt werden. Der fixe Leistungsanteil kann maximal 30 % der Grundbesoldung betragen.

5) Bei mangelhaften Leistungen kann der bisher erworbene fixe Leistungsanteil herabgesetzt werden:

- a) durch die Regierung auf Antrag des Amtsstellenleiters oder eines Regierungsmitgliedes;
- b) durch das Landtagsbüro auf Antrag des Landtagspräsidenten oder des Landtagssekretärs.

6) Besondere Leistungen können mit einem Leistungsbonus, der jährlich variieren kann, honoriert werden. Dieser wird in Form eines einmaligen Betrages, welcher maximal 8 % der Grundbesoldung betragen kann, ausbezahlt. Die Regierung regelt die Einzelheiten mit Verordnung.

7) Die individuellen Löhne und die einzelnen Lohnanteile werden auf einen Franken gerundet.

Art. 16¹

Leistungsbeurteilung; Vorgesetztenbewertung

1) Die Leistungsbeurteilung beinhaltet die periodische Bewertung der Leistungen des Staatspersonals. Die Regierung erlässt Richtlinien über die Gestaltung der Leistungsbeurteilung.

2) Die Amtsstellenleiter sind verantwortlich für die Erstellung der jährlichen Leistungsbeurteilung für jeden Staatsangestellten der Amtsstelle sowie die Führung von mindestens einem Mitarbeitergespräch pro Jahr über den Inhalt der Leistungsbeurteilung. Die Mitglieder der Regierung erstellen jeweils für die ihnen direkt unterstellten Amtsstellenleiter und Staatsangestellten jährlich die Leistungsbeurteilung und führen mindestens ein-

¹ Art. 16 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

mal im Jahr ein Mitarbeitergespräch über den Inhalt der Leistungsbeurteilung. Die Regierung erlässt Richtlinien über die Gestaltung der Leistungsbeurteilung.

3) In den Amtsstellen mit entsprechender organisatorischer Gliederung werden die Leistungsbeurteilung und die Führung des Mitarbeitergesprächs an die direkten Vorgesetzten delegiert.

4) Die Erstellung der Leistungsbeurteilung und die Durchführung des Mitarbeitergesprächs wird hinsichtlich des Landtagssekretärs vom Landtagspräsidenten wahrgenommen.

5) Die Regierung kann eine Vorgesetztenbewertung einführen, welche die periodische Bewertung der Vorgesetzten in führungsmässiger Hinsicht durch die ihnen unterstellten Staatsangestellten beinhaltet. Die Vorgesetztenbewertung soll die Vorgesetzten über die Wirkung ihrer Führung orientieren und hat keine direkte Auswirkung auf die Besoldung. Die Regierung erlässt Richtlinien über die Gestaltung der Vorgesetztenbewertung.

Art. 17¹

Marktausgleich

1) Zur Gewinnung und Erhaltung von Staatsangestellten mit hohem Marktwert kann ausnahmsweise für eine befristete Zeit ein Marktausgleich von bis zu 15 % der Grundbesoldung gewährt werden. Sind die Voraussetzungen für die Gewährung eines Marktausgleichs nicht mehr gegeben, fällt dieser weg.

2) Die Regierung informiert die Finanzkommission des Landtages über die Gewährung und Abschaffung eines Marktausgleichs.

Art. 18²

Soziale Härtefälle

Im Sinne sozialer Verantwortung kann die Regierung für Staatsangestellte, die den Anforderungen ihrer Stelle nicht mehr gewachsen sind, Sonderregelungen vorsehen.

1 Art. 17 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

2 Art. 18 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

Art. 19 bis 23¹

Aufgehoben

C. Besoldungszulagen

Art. 24²

Gratifikation

Aufgehoben

Art. 25³

Sonderzulage

Das Staatspersonal hat Anspruch auf eine Sonderzulage aus Anlass von Dienstjubiläen, der Verhehlichung und der Erreichung der Altersgrenze. Die Regierung regelt die Einzelheiten mit Verordnung.

Art. 26

Funktionszulage

1) Funktionszulagen können ausgerichtet werden:

- a) für regelmässigen Dienst ausserhalb der Dienstzeit, insbesondere für die Nacht- und Sonntagsarbeit;
- b) für regelmässige und vorgeschriebene Präsenz- und Bereitschaftsdienste über die ordentliche Arbeitszeit hinaus;
- c) für die Erfüllung zusätzlicher, ausserordentlicher Aufgaben;⁴
- d) an Staatsangestellte im diplomatischen Dienst, welche ihren Dienst im Ausland leisten.⁵

1 Art. 19 bis 23 aufgehoben durch LGBL. 2003 Nr. 217.

2 Art. 24 aufgehoben durch LGBL. 2003 Nr. 217.

3 Art. 25 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

4 Art. 26 Abs. 1 Bst. c abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

5 Art. 26 Abs. 1 Bst. d abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

- 2) Die Regierung regelt die Einzelheiten mit Verordnung.¹
- 3) Die Ausrichtung der Funktionszulagen ist einzustellen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind.

D. Teuerungsausgleich

Art. 27²

Grundsatz

Die Regierung beantragt beim Landtag jährlich die angemessene Anpassung des fixen Teils der ordentlichen Besoldung sowie der Pensionen aus vorzeitiger Pensionierung an die Teuerung. Sie berücksichtigt neben dem Landesindex der Konsumentenpreise die wirtschaftliche und finanzielle Lage sowie die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.

Art. 28

Verfahren³

- 1) Massgeblich für die Berechnung der Teuerung ist der Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise im Monat August.⁴
- 2) Die Anpassung des fixen Teils der ordentlichen Besoldung sowie der Pensionen aus vorzeitiger Pensionierung an die Teuerung erfolgt auf den 1. Januar des Folgejahres. Die Besoldungstabelle wird entsprechend angepasst.⁵

1 Art. 26 Abs. 2 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

2 Art. 27 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

3 Art. 28 Sachüberschrift abgeändert durch LGBL 1998 Nr. 176.

4 Art. 28 Abs. 1 abgeändert durch LGBL 1998 Nr. 176.

5 Art. 28 Abs. 2 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

III. Ergänzende Leistungen zur Besoldung

Art. 29

Weiterbezahlung der Besoldung bei Krankheit und Unfall

1) Dem Staatspersonal werden der fixe Teil der ordentlichen Besoldung sowie die Funktionszulagen bei einem Dienstunterbruch wegen Krankheit oder Unfall während der Dauer von sechs Monaten weiter ausgerichtet, höchstens jedoch für jene Dauer, für die das Dienstverhältnis begründet wurde.¹

2) Allfällige Erwerbsausfallentschädigungen fallen für die Zeit, während der er die Besoldung ausrichtet, dem Staate zu.

Art. 30²

Besoldungsnachgenuss

Stirbt ein Staatsangestellter, haben die Angehörigen oder die Erben in jedem Falle Anspruch auf die volle Besoldung für den laufenden Monat. Ehegatte und Kinder haben zudem Anspruch auf einen Besoldungsnachgenuss von drei Monatsbesoldungen.

¹ Art. 29 Abs. 1 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

² Art. 30 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

IV. Besoldung der vollamtlichen Richter und der Staatsanwälte¹

Art. 31²

Grundsatz

1) Als Ausgangsbesoldung der vollamtlichen Richter und Staatsanwälte gilt die Besoldung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

2) Die Höchstbesoldung der vollamtlichen Richter und der Staatsanwälte wird in Prozenten der maximalen fixen Besoldung der Besoldungsklasse 20 festgesetzt.

3) Die Anpassung der bestehenden Besoldung an die Höchstbesoldung erfolgt schrittweise mit dem gleichen Prozentsatz, den der Landtag für Anpassungen des individuellen Besoldungsanteils der Staatsangestellten gemäss Art. 14 Abs. 1 beschliesst.

Art. 32³

Höchstbesoldung

1) Die ordentliche Höchstbesoldung beträgt für:

- a) den Präsidenten des Obergerichtes: 104 %;
- b) die Senatsvorsitzenden des Obergerichtes: 102 %;
- c) den Landgerichtsvorstand: 100 %;
- d) den Leitenden Staatsanwalt: 97 %.

2) Die ordentliche Höchstbesoldung der Richter beim Landgericht und der Staatsanwälte beträgt:

- a) im 1. Dienstjahr: 71 %;
- b) im 2. Dienstjahr: 76 %;
- c) im 3. Dienstjahr: 80 %;
- d) im 4. Dienstjahr: 85 %;
- e) im 5. Dienstjahr: 90 %;
- f) ab dem 6. Dienstjahr: 95 %.

1 Überschrift vor Art. 31 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

2 Art. 31 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

3 Art. 32 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

3) Die Dienstjahre als vollamtlicher Richter, Staatsanwalt oder Gerichtsschreiber sowie die hauptberufliche forensische Tätigkeit als Rechtsanwalt im Inland werden anerkannt.

4) Art. 6 Abs. 1, 2 und 4, Art. 8, 25 bis 30, 36 bis 37 sowie 39a bis 39e finden sinngemäss Anwendung auf die Besoldung der vollamtlichen Richter und der Staatsanwälte.

V. Besoldung der Regierungsmitglieder und des Regierungsekretärs

Art. 33¹

Grundsatz

1) Als Ausgangsbesoldung der Mitglieder der Regierung und des Regierungsekretärs gilt die Besoldung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

2) Die Höchstbesoldung der Mitglieder der Regierung und des Regierungsekretärs wird in Prozenten der maximalen fixen Besoldung der Besoldungsklasse 20 festgesetzt.

3) Die Anpassung der bestehenden Besoldung an die Höchstbesoldung erfolgt schrittweise mit dem gleichen Prozentsatz, den der Landtag für Anpassungen des individuellen Besoldungsanteils der Staatsangestellten gemäss Art. 14 Abs. 1 beschliesst.

Art. 34²

Höchstbesoldung und Entschädigung

1) Die ordentliche Höchstbesoldung der Mitglieder der Regierung und des Regierungsekretärs beträgt:

- a) für den Regierungschef: 123 %;
- b) für den Regierungschef-Stellvertreter: 116 %;

¹ Art. 33 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

² Art. 34 abgeändert durch LGBL 2003 Nr. 217.

- c) für die anderen Regierungsräte: 108.5 %;
- d) für den Regierungssekretär: 101.5 %.

2) Der Landtag setzt auf Vorschlag der Finanzkommission den Beschäftigungsgrad für die Regierungsmitglieder mit reduziertem Pensum und die Spesenpauschale für alle Regierungsmitglieder fest.

3) Art. 6 Abs. 1, 2 und 4, Art. 8 sowie 27 bis 30 finden sinngemäss Anwendung auf die Besoldung der Mitglieder der Regierung.

4) Art. 6 Abs. 1, 2 und 4, Art. 8, 25 bis 30, 36 bis 37 sowie 39 bis 39e finden sinngemäss Anwendung auf die Besoldung des Regierungssekretärs.

VI. Verschiedene Bestimmungen

Art. 35

Erlass besonderer Vorschriften

Die Regierung kann besondere Vorschriften erlassen über:

- a) die Besoldung nichtständiger Staatsangestellter;¹
- b) die Besoldung von Staatsangestellten im Stundenlohn;²
- c) die Entlöhnung der vom Staat beschäftigten Heimarbeiter;
- d) die Entlöhnung der beim Staat in Ausbildung stehenden Lehrlinge.

Art. 36

Spesenentschädigung

- 1) Die Regierung regelt die Entschädigung für den Spesenaufwand.
- 2) Aufgehoben³

1 Art. 35 Bst. a abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

2 Art. 35 Bst. b abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

3 Art. 36 Abs. 2 aufgehoben durch LGBl. 2003 Nr. 217.

Art. 36a¹*Besondere Vergünstigungen*

Die Regierung kann Staatsangestellte bei Erfüllung der durch besondere Vorschriften festgesetzten Voraussetzungen Vergünstigungen, so insbesondere Essenspauschalen anbieten, wenn dies die Arbeitstätigkeit erleichtert und sich positiv auf das Arbeitsverhalten auswirkt.

Art. 37²*Berufliche Weiterbildung*

Das Staatspersonal hat Anspruch auf finanzielle Beiträge an die berufliche Weiterbildung. Die Regierung regelt die Einzelheiten mit Verordnung.

Art. 38

Überzeitenschädigung

Die Entschädigung von Überzeitarbeit wird von der Regierung mit Verordnung geregelt.

Art. 39³*Verrechnung von Ansprüchen des Staates*

Ansprüche des Staates gegenüber dem Staatspersonal, die sich aus dem Dienstverhältnis ergeben, können unter Wahrung des Existenzminimums mit der Besoldung aufgerechnet werden.

¹ Art. 36a eingefügt durch LGBl. 2001 Nr. 23 und abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

² Art. 37 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

³ Art. 39 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

Via. Vorzeitiger Altersrücktritt¹

1. Überbrückungsrenten ab dem vollendeten 58. Altersjahr²

Art. 39a

Voraussetzung; Rentenhöhe³

1) Bei freiwilliger vorzeitiger Pensionierung von Staatsangestellten, werden Überbrückungsrenten ausgerichtet.⁴

2) Die Ausrichtung einer Überbrückungsrente kann für Mitarbeiter Anwendung finden, welche das 58. Altersjahr vollendet haben. Überbrückungsrenten werden bis zur Erreichung des ordentlichen AHV-Rentenalters ausgerichtet.⁵

3) Die Überbrückungsrenten betragen höchstens 100 % der zwölf-fachen monatlichen maximalen einfachen Altersrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung (Höchstrente).⁶

4) Überbrückungsrenten werden wie folgt ausgerichtet:

- a) Bei 5 bis 9 Dienstjahren: ein Drittel der Höchstrente;
- b) bei 10 bis 14 Dienstjahren: zwei Drittel der Höchstrente;
- c) bei 15 und mehr Dienstjahren: Höchstrente gemäss Art. 39a Abs. 3.⁷

5) Teilzeitangestellte haben Anspruch auf Auszahlung einer Überbrückungsrente, sofern sie während der letzten zehn Jahre einen Dienstauftrag von mindestens 50 % erfüllt haben. Die Höhe der Überbrückungsrente errechnet sich in diesem Falle im Verhältnis zum Umfang des Dienstauftrages.⁸

6) Bei einer teilweisen vorzeitigen Pensionierung errechnet sich die Höhe der Überbrückungsrente im Verhältnis zum Umfang des Dienstauftrages.⁹

1 Überschrift vor Art. 39a abgeändert durch LGBL. 2001 Nr. 23.

2 Überschrift vor Art. 39a eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

3 Art. 39a Sachüberschrift abgeändert durch LGBL. 2001 Nr. 23.

4 Art. 39a Abs 1 eingefügt durch LGBL. 1995 Nr. 207 und abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

5 Art. 39a Abs. 2 abgeändert durch LGBL. 2001 Nr. 23.

6 Art. 39a Abs. 3 eingefügt durch LGBL. 1995 Nr. 207.

7 Art. 39a Abs. 4 eingefügt durch LGBL. 1995 Nr. 207.

8 Art. 39a Abs. 5 eingefügt durch LGBL. 1995 Nr. 207.

9 Art. 39a Abs. 6 eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

Art. 39b

Kürzung; nachträgliche Rückforderung¹

1) Wenn vorzeitig pensionierte Mitarbeiter im zurückliegenden Jahr Einkünfte erzielt oder andere Renten in- oder ausländischer Sozialeinrichtungen bezogen haben, die zusammen mit der Rente der Pensionsversicherung und der Überbrückungsrente die unmittelbar vor der vorzeitigen Pensionierung erzielte Jahresbesoldung (Bruttobesoldung einschliesslich Gratifikation) übersteigen, wird die Überbrückungsrente um den Mehrbetrag gekürzt.²

2) Übersteigen im Falle eines Rentenvorbezuges der Alters- und Hinterlassenenversicherung die Rente der Alters- und Hinterlassenenversicherung zusammen mit der Überbrückungsrente 100 % der maximalen Altersrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung, so ist die Überbrückungsrente um den Mehrbetrag zu kürzen.³

3) Bezüger von Überbrückungsrenten haben dem Amt für Personal und Organisation umgehend mitzuteilen, wenn sie neu Einkünfte erzielen und jeweils bis 31. Januar eine Aufstellung über sämtliche im zurückliegenden Jahr erzielten Einkünfte abzugeben.⁴

4) Übersteigen die Einkünfte eines Bezügers einer Überbrückungsrente die gemäss Abs. 1 zulässigen Einkünfte, so ist die Überbrückungsrente entsprechend diesen Mehreinkünften teilweise oder ganz zurückzuzahlen.⁵

5) Wurde eine Überbrückungsrente aufgrund falscher Angaben ausgerichtet oder hat ein Bezüger einer Überbrückungsrente Einkünfte verschwiegen, so werden die bereits ausbezahlten Beträge nachträglich zurückgefordert und die weitere Auszahlung kann eingestellt werden.⁶

1 Art. 39b Sachüberschrift eingefügt durch LGBL 1995 Nr. 207.

2 Art. 39b Abs. 1 eingefügt durch LGBL 1995 Nr. 207.

3 Art. 39b Abs. 2 abgeändert durch LGBL 2001 Nr. 23.

4 Art. 39b Abs. 3 abgeändert durch LGBL 2001 Nr. 23.

5 Art. 39b Abs. 4 abgeändert durch LGBL 2001 Nr. 23.

6 Art. 39b Abs. 5 eingefügt durch LGBL 2001 Nr. 23.

2. Altersrücktritt und Pensionierung vor dem vollendeten 60. Altersjahr¹

Art. 39c²

Grundsatz

1) Die frühzeitige Pensionierung zwischen dem 58. und 60. Lebensjahr kann von der Regierung unterstützt werden, wenn sie im überwiegenden Interesse des Arbeitgebers oder zumindest im gegenseitigen Interesse von Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist. Vor einer Frühpensionierung zwischen dem 58. und 60. Lebensjahr sind andere Massnahmen wie Versetzung, Reduktion des Dienstauftrages, Zuteilung anderer Aufgaben und Ähnliches zu überprüfen. Es besteht kein Anspruch auf Frühpensionierung.

2) Die Regierung regelt das Nähere durch Verordnung, insbesondere die näheren Voraussetzungen bzw. den Umfang der Unterstützungsleistungen im Rahmen des Art. 39d.

Art. 39d³

Voraussetzungen

1) Der Staat kann als Arbeitgeber bei Vorliegen eines überwiegenden Interesses für die Staatsangestellten ab dem vollendeten 58. Altersjahr bis zum Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters die Kosten für die Alterspension sowie für die Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträge der Pensionsversicherung in folgenden Fällen übernehmen:

- a) wenn die Stelle aufgehoben wird;
- b) bei massgeblichen Reorganisationsmassnahmen oder aufgrund massgeblicher, inhaltlicher Veränderung der Stelle;
- c) bei gesundheitlichen Problemen, wenn diese einen ursächlichen Zusammenhang mit der bisherigen Tätigkeit haben, aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses.

2) Der Staat kann als Arbeitgeber bei Vorliegen eines zumindest gegenseitigen Interesses für die Staatsangestellten ab dem vollendeten 58. Altersjahr für die Zeit bis zum Erreichen des 60. Altersjahres die Kosten

1 Überschrift vor Art. 39c eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

2 Art. 39c eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

3 Art. 39d eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23 und abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

für die Alterspension sowie für die Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträge aus betriebsorganisatorischen Gründen ganz oder teilweise übernehmen. In diesen Fällen errechnet sich die Alterspension ab dem 60. Altersjahr aufgrund von Art 39e. Massgebend ist dabei die Anzahl Dienstjahre beim Erreichen des 60. Altersjahres.

3. Altersrücktritt und Pensionierung nach dem vollendeten 60. Altersjahr¹

Art. 39e

Berechnung des Anspruchs²

1) Das Land übernimmt für die Staatsangestellten ab dem vollendeten 60. Altersjahr die Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträge für die Zeit bis zur Erreichung des ordentlichen Rücktrittsalters sowie die Kosten für die Kürzung der Alterspension gemäss Pensionsversicherungsgesetz in folgenden Fällen:³

- a) bei 10 bis 14 Dienstjahren: Übernahme einer Jahrespension;⁴
- b) bei 15 bis 19 Dienstjahren: Übernahme von zwei Jahrespensionen;⁵
- c) bei 20 bis 24 Dienstjahren: Übernahme von drei Jahrespensionen;⁶
- d) bei 25 und mehr Dienstjahren: Übernahme von vier Jahrespensionen.

2) Die oben genannten Kosten werden übernommen, wenn der frühzeitige Altersrücktritt koordiniert erfolgt und somit dem Dienstgeber keine Schwierigkeiten erwachsen.⁷

3) Die Regierung regelt das Nähere, insbesondere betreffend die Art und den Umfang der Anrechnung der Erziehungsjahre von Elternteilen, die deswegen nicht arbeiten konnten, mit Verordnung.⁸

1 Überschrift vor Art. 39e eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

2 Art. 39e Sachüberschrift eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

3 Art. 39e Abs. 1 Einleitungssatz eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23 und abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

4 Art. 39e Abs. 1 Bst. a eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

5 Art. 39e Abs. 1 Bst. b eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

6 Art. 39e Abs. 1 Bst. c eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

7 Art. 39e Abs. 2 eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

8 Art. 39e Abs. 3 eingefügt durch LGBL. 2001 Nr. 23.

VII. Organisation

Art. 40

Regierung

1) Die Regierung überwacht die Einhaltung und Durchführung dieses Gesetzes.

2) Die Regierung kann durch Verordnung einzelne Geschäfte Amtsstellen oder Stiftungsorganen übertragen.¹

3) Die Regierung erlässt die zur Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Verordnungen.

Art. 41²

Amt für Personal und Organisation

1) Das Amt für Personal und Organisation bereitet die das Staatspersonal betreffenden Geschäfte vor, für welche die Regierung zuständig ist. Es begutachtet zuhanden der Regierung insbesondere grundsätzliche und individuelle Fragen der Besoldung und Entschädigung.

2) Das Amt für Personal und Organisation besorgt die ihm durch Verordnung und Auftrag der Regierung übertragenen Geschäfte. Es hat insbesondere:

- a) die Einhaltung der Vorschriften und Richtlinien durch die Amtsstellen zu überwachen, bei Verstößen zu intervenieren und nötigenfalls der Regierung zur Kenntnis zu bringen;
- b) die Amtsstellen bei der Umsetzung von Aufgaben nach diesem Gesetz zu unterstützen;
- c) die Amtsstellen und das Staatspersonal in Fragen der Besoldung zu beraten.

1 Art. 40 Abs. 2 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

2 Art. 41 abgeändert durch LGBl. 2003 Nr. 217.

Art. 42¹*Personalkommission*

1) Die Regierung setzt eine Personalkommission als Schlichtungsstelle für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Besoldung ein. Diese setzt sich paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beiderlei Geschlechts zusammen.

2) Die Personalkommission überprüft auf Gesuch nach einem internen Anhörungsverfahren die Entscheidungsgrundlagen und unterbreitet der Regierung eine Empfehlung.

Art. 43

Stiftungsräte

1) Den Stiftungsräten der Stiftungen des öffentlichen Rechts steht bei der Durchführung dieses Gesetzes für das Personal der Stiftung ein Mitspracherecht zu.

2) Die Regierung kann den Stiftungsräten Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen.

3) Anträge an die Regierung haben die Stiftungsräte über das Amt für Personal und Organisation einzureichen.²

Art. 44³*Technikumsrat*

Aufgehoben

¹ Art. 42 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

² Art. 43 Abs. 3 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

³ Art. 44 aufgehoben durch LGBL. 2003 Nr. 217.

VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 45¹

Einreihung in die Besoldungsklassen

Die Regierung regelt die Überführung der bisherigen Besoldung in das neue Besoldungssystem dieses Gesetzes.

Art. 46²

Besitzstandswahrung

Alle diesem Gesetz unterstellten Personen, die bisher eine höhere Besoldung erhalten haben, als ihnen aufgrund dieses Gesetzes zusteht, behalten ihre bisherige Besoldung.

Art. 47³

Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise

Für die Besoldungsansätze gemäss Art. 10 Abs. 2 ist der Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise auf der Basis vom August 2002 von 101.7 Punkten massgeblich.

Art. 48

Aufhebung bisherigen Rechts

Es werden aufgehoben:

- a) Gesetz vom 10. Februar 1938 betreffend das Dienstverhältnis und die Besoldung der Staatsbeamten, Staatsangestellten und Lehrpersonen, LGBL. 1938 Nr. 6, mit Ausnahme der Art. 1 bis 10;⁴
- b) Aufgehoben⁵

1 Art. 45 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

2 Art. 46 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

3 Art. 47 abgeändert durch LGBL. 2003 Nr. 217.

4 Art. 48 Bst. a abgeändert durch LGBL. 1992 Nr. 107.

5 Art. 48 Bst. b aufgehoben durch LGBL. 1992 Nr. 107.

- c) Gesetz vom 4. Mai 1964 betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Staatsbeamten, Staatsangestellten und Lehrpersonen, LGBL. 1964 Nr. 20;
- d) Gesetz vom 10. Dezember 1965 über die Abänderung des Gesetzes betreffend das Dienstverhältnis und die Besoldung der Staatsbeamten, Staatsangestellten und Lehrpersonen, LGBL. 1965 Nr. 45;
- e) Gesetz vom 15. Dezember 1971 über die Abänderung des Gesetzes betreffend das Dienstverhältnis und die Besoldung der Staatsbeamten, Staatsangestellten und Lehrpersonen, LGBL. 1972 Nr. 3;
- f) Gesetz vom 9. Mai 1972 über die Ergänzung des Gesetzes betreffend das Dienstverhältnis und die Besoldung der Staatsbeamten, Staatsangestellten und Lehrpersonen, LGBL. 1972 Nr. 38;
- g) Gesetz vom 22. Dezember 1975 über die Abänderung des Gesetzes betreffend das Dienstverhältnis und die Besoldung der Staatsbeamten, Staatsangestellten und Lehrpersonen, LGBL. 1976 Nr. 7;
- h) Gesetz vom 1. April 1981 über die Abänderung des Gesetzes betreffend das Dienstverhältnis und die Besoldung der Staatsbeamten, Staatsangestellten und Lehrpersonen, LGBL. 1981 Nr. 31;
- i) Gesetz vom 30. Juni 1982 über die Abänderung des Gesetzes betreffend das Dienstverhältnis und die Besoldung der Staatsbeamten, Staatsangestellten und Lehrpersonen, LGBL. 1982 Nr. 56;
- k) Art. 35 des Gesetzes vom 19. November 1980 über die allgemeinen Anstellungserfordernisse und das Dienstverhältnis der Lehrer, LGBL. 1981 Nr. 20;
- l) Art. 1 Abs. 1 und 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 1981 betreffend die Bezüge der Mitglieder der Regierung, der Gerichtshöfe, der Kommissionen und der Organe von Anstalten und Stiftungen des Staates, LGBL. 1982 Nr. 21.

Art. 49

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1991 in Kraft.

gez. *Hans-Adam*

gez. *Hans Brunhart*
Fürstlicher Regierungschef

Anhang¹

Besoldungstabelle

Besoldungs- klasse	Fixe Jahresbesoldung inkl. Gratifikation		Maximaler Leistungs- bonus	Maximale ordentliche Jahresbesoldung
	Minimal- besoldung	Maximum der fixen Besoldung		
1	41'340.00	58'700.00	3'310.00	62'010.00
2	44'460.00	63'130.00	3'560.00	66'690.00
3	47'970.00	68'120.00	3'840.00	71'960.00
4	51'610.00	73'290.00	4'130.00	77'420.00
5	55'510.00	78'820.00	4'440.00	83'260.00
6	60'190.00	85'470.00	4'820.00	90'290.00
7	65'000.00	92'300.00	5'200.00	97'500.00
8	70'330.00	99'870.00	5'630.00	105'500.00
9	76'310.00	108'360.00	6'100.00	114'460.00
10	82'940.00	117'770.00	6'640.00	124'410.00
11	90'480.00	128'480.00	7'240.00	135'720.00
12	98'670.00	140'110.00	7'890.00	148'000.00
13	106'860.00	151'740.00	8'550.00	160'290.00
14	115'960.00	164'660.00	9'280.00	173'940.00
15	124'930.00	177'400.00	9'990.00	187'390.00
16	133'900.00	190'140.00	10'710.00	200'850.00
17	142'870.00	202'880.00	11'430.00	214'310.00
18	151'580.00	215'240.00	12'130.00	227'370.00
19	160'420.00	227'800.00	12'830.00	240'630.00
20	169'520.00	240'720.00	13'560.00	254'280.00

Die Besoldungen werden bei jeder Anpassung auf 10 Franken gerundet.

¹ Anhang eingefügt durch LGBL 2003 Nr. 217.

Übergangsbestimmungen

174.12 Besoldungsgesetz (BesG)

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2003

Nr. 217

ausgegeben am 11. November 2003

Gesetz

vom 18. September 2003

über die Abänderung des Besoldungsgesetzes¹

...

III.

Weitergeltung bisherigen Rechts

1) Bis zum Inkrafttreten eines besonderen Gesetzes über die Besoldung der Lehrer finden auf die Lehrer an öffentlichen Schulen die Art. 5 bis 8, 9 Abs. 2, Art. 12, 16 bis 22, 24, 25, 26 Abs. 1 Bst. d und Abs. 3, Art. 29, 30, 35 Bst. a und b, Art. 37 bis 40, 42 und 47 des bisherigen Rechts weiterhin Anwendung. Für die Anpassung der Grundbesoldung, der Gratifikation sowie der Pensionen aus vorzeitiger Pensionierung an die Teuerung finden die Art. 27 und 28 des neuen Rechts sinngemäss Anwendung.

2) Bis zum 31. Dezember 2006 finden auf die Polizeibeamten die Art. 5 bis 8, Art. 9 bis 15 nach Massgabe von Art. 23, Art. 24, 25, 26 Abs. 1 Bst. a bis c und Abs. 3, Art. 29, 30, 35 Bst. a und b, Art. 36 bis 41 und 47 des bisherigen Rechts weiterhin Anwendung. Für die Anpassung der Grundbesoldung, der Gratifikation sowie der Pensionen aus vorzeitiger Pensionierung an die Teuerung finden Art. 27 und 28 des neuen Rechts sinngemäss Anwendung.

...

¹ Inkrafttreten: 1. Januar 2004.